

Gemeinderatssitzung am 24.10.2017

Am letzten Dienstag befasste sich der Gemeinderat mit dem Ausscheiden der Gemeinderätin Irmgard Betsch und dem Nachrücken des nächsten Bewerbers auf der SPD-Liste, Herrn Siegfried Müller. Weitere Themen waren der Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2018, die Gleichstellung von Erziehern/-innen unabhängig vom Ausbildungsgang und die Festlegung eines Straßennamens im Gewerbepark Sol.

Ausscheiden und Nachrücken im Gemeinderat

Bürgermeister Wolfgang Lahl erläuterte den Antrag von Gemeinderätin Betsch auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat und ging auf das gesetzlich vorgegebene Procedere beim Ausscheiden eines Gemeinderats vor dem Ablauf der Sitzungsperiode ein. Da Gemeinderätin Irmgard Betsch durch ihr Lebensalter die Voraussetzungen für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Gemeinderat erfüllt stimmte der Gemeinderat dem Antrag einstimmig zu.

Im Anschluss verabschiedete der Bürgermeister die Gemeinderätin und ging dabei ausführlich auf ihr Wirken im Gemeinderat in drei sich auf insgesamt 14 Jahre summierenden Abschnitten ein. Der Bürgermeister sprach an, dass die ausscheidende Gemeinderätin an bedeutenden Weiterentwicklungen der Gemeinde beteiligt war. Neben großen baulichen Projekten wie dem Bau des WeilerSportZentrums, des Rettungszentrums und der Sanierung der Hauptstraße lag der Gemeinderätin vor allem die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbetreuung am Herzen. Der Bürgermeister erinnerte daran, dass 1993, während der ersten Phase des Wirkens im Gemeinderat, die Kinderbetreuung aus einem einheitlichen Regelbetreuungsangebot für Kinder ab 3 Jahren bestand. Heute bietet die Gemeinde ein ausdifferenziertes Angebot ab dem ersten Jahr bis hin zum Haupt an der Schule an.

Besonders hob der Bürgermeister hervor, dass die Arbeit der Gemeinderätin stets verlässlich und immer an der Sache orientiert war. "Wir verlieren mit Ihnen eine Identifikationsfigur der SPD auf der Schönbuchlichtung, können aber ihre Entscheidung selbstverständlich nachvollziehen".

Der Bürgermeister schloss seine Verabschiedung mit dem Dank der Verwaltung für eine immer angenehme Zusammenarbeit und verband dies mit dem Dank der gesamten Gemeinde für das vorbildliche ehrenamtliche Wirken zum Wohle der Allgemeinheit in Weil im Schönbuch, Neuweiler und Breitenstein.

Als kleines Zeichen des Dankes der Gemeinde übergab der Bürgermeister einen herbstlichen Blumenstrauß und eine Urkunde, die die Mitwirkungsphasen von Irmgard Betsch im Gemeinderat festhielt und für das ehrenamtliche Engagement dankte.



Frau Betsch verabschiedete sich aus dem Gemeinderat mit der Feststellung, dass sie stets gern in diesem Gremium mitgewirkt habe. Besonders intensiv und spannend habe sie die Arbeit am Gemeindeentwicklungsplan Weil im Schönbuch 2025 empfunden. Für die Arbeit als Gemeinderätin sei es kein Fehler gewesen, in die Gemeinde zugezogen zu sein. Durch die vielen Bereiche, mit denen sich ein Gemeinderat befassen muss, sei es sehr leicht gefallen, mit der Gemeinde vertraut zu werden. Sie könne generell jedem interessierten Bürger empfehlen, für ein kommunales Ehrenamt zu kandidieren.

Nach dem Ausscheiden von Gemeinderätin Betsch befasste sich der Gemeinderat mit dem Nachrücken des nächsten Bewerbers der SPD-Liste. Der nächste Ersatzbewerber für die SPD im Wohnbezirk Weil im Schönbuch wurde bei der Gemeinderatswahl im Mai 2014 Herr Siegfried Müller. Der Gemeinderat stellte fest, dass bei Herrn Müller kein Hindernis vorliegt, welches sein Nachrücken in den Gemeinderat verhindert.

Im Anschluss nahm Bürgermeister Wolfgang Lahl die Verpflichtung des neuen Gemeinderats vor und wies ihn auf die besondere Bedeutung des Amtes und auf die Rechte als Gemeinderat nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung hin. Durch Handschlag und Unterschrift unter die Verpflichtungsurkunde nahm der Bürgermeister die Verpflichtung von Herrn Müller vor.

Die Verpflichtung von Gemeinderat Siegfried Müller verband der Bürgermeister mit seinem Wunsch nach einer stets guten und gedeihlichen Zusammenarbeit.



V.l.: Siegfried Müller, BM Wolfgang Lahl

Anschließend stand auf der Tagesordnung, wie die Sitze in den Ausschüssen und anderen Gremien der Gemeinde nach dem Ausscheiden von Gemeinderätin Betsch und dem Nachrücken von Herrn Müller besetzt werden. Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, alle bisher von Frau Betsch wahrgenommenen Ämter und Funktionen auf den nachgerückten Gemeinderat Siegfried Müller zu übertragen.

Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2018

Als nächstes befasste sich der Gemeinderat mit dem Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2018. Bürgermeister Wolfgang Lahl begrüßte den neuen Revierförster Daniel Berner und den stellvertretenden Leiter des Forstamtes, Herrn Christian Kirch.

Herr Berner betonte, dass er sich sehr freue, Revierförster in Weil im Schönbuch zu sein. Es sei eine besondere Freude, in einer so walddaffinen Gemeinde zu arbeiten. In der täglichen Arbeit sowie bei den Sprechstunden im Rathaus werde sich nicht viel ändern. Anschließend stellte der neue Revierförster einige seiner Schwerpunkte vor, wie zum Beispiel die Waldbewirtschaftung durch ausgebildete Forstwirte, die

Unterstützung der ökologischen Funktionen des Waldes, aber auch die Bereitstellung des Waldes als Erholungseinrichtung für die Menschen. Ein wichtiger Grundsatz sei für ihn, dass die Arbeit als Förster nicht nur mit Bäumen zu tun hat, sondern sehr viel mit Menschen.

Bei seinem ersten Betriebsplan für die Gemeinde Weil im Schönbuch werden sich voraussichtlich keine größeren Veränderungen gegenüber 2017 ergeben, erläuterte der neue Revierförster. Die Forstleute gehen davon aus, dass die Holzerlöse etwas zurückgehen werden. Weiterhin soll in Neupflanzungen und in ihrer Bestandspflege investiert werden.

2018 sind für den Gemeindewald Einnahmen von 132.000 Euro und Ausgaben von 131.700 Euro geplant, also eine „schwarze Null“.

Bürgermeister Wolfgang Lahl begrüßte, dass der neue Revierförster die Verbindung von Wirtschaftlichkeit, Ökologie und der Erholungs-/Freizeitfunktion des Waldes anstrebt. Alle drei Aspekte hätten ihre Berechtigung und müssen in der Arbeit der Forstleute und der Gemeinde berücksichtigt werden.

Gemeinderat Ehrmann fragte nach den Gründen für die prozentuale Verschiebung des Holzeinschlags zwischen Nadelholz und Laubholz im kommenden Forstwirtschaftsjahr. Förster Berner begründete das mit der Lage und dem Bewuchs der vorgesehenen Einschlaggebiete im nächsten Jahr. Je nach Einschlaggebiet werden sich hier von Jahr zu Jahr Veränderungen im Verhältnis zwischen Nadelholz und Laubholz ergeben.

Eine weitere Frage von Gemeinderat Ehrmann ging in die Richtung, ob der Klimawandel einen Wechsel bei den hiesigen Baumarten bewirken wird. Dazu betonten die Forstleute, dass neue Pflanzungen sich vor allem danach ausrichten, welche Baumarten in zu füllenden Lücken bereits vorhanden sind. Es muss beachtet werden, dass für die jeweiligen konkreten Verhältnisse standortgerechte Baumarten ausgewählt werden.

Der stellvertretende Leiter des Forstamtes Christian Kirch führte aus, dass die Veränderungen der Temperaturen langfristig auch Veränderungen bei den prägenden Baumarten bewirken werden. Wärmeliebende Bäume wie Eichen und Buchen werden prozentual zulegen. Bäume, die kältere Umgebungen bevorzugen wie zum Beispiel die Fichte werden zurückgehen. Weiterhin wird der Gemeindewald aber ein Mischwald bleiben. Diese Veränderungen wird sich aber in Generationen vollziehen.

Gemeinderätin Himmelein sprach an, dass die Esche in unseren Wäldern sehr schnell zurückgehen wird. Das bestätigen die Forstleute, wobei für diesen Rückgang in erster Linie ein die Esche schädigender Pilz verantwortlich ist. Auf die Frage von Gemeinderätin Pfaff nach Ersatzbaumarten berichteten die Forstleute, dass vor allem Ahorn oder Eichen gepflanzt werden sollen. Diese Bäume sind resistent gegen den die Esche schädigenden Pilz.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat dem vorgelegten Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2018 zu.

Bezahlung neu ausgebildeter Erzieherinnen und Erzieher.

Hauptamtsleiter Feitscher berichtete, dass es hier um die Gleichbehandlung von neu ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern trotz unterschiedlicher Ausbildungswege geht. Anlass ist die sogenannte Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin (PIA), mit der die Gemeinde inzwischen sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Im Sommer 2017 konnte die erste Absolventin einer solchen Ausbildung übernommen werden.

Neu ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher werden unabhängig vom Ausbildungsweg in der gleichen Entgeltgruppe eingruppiert. Einen Unterschied gibt es in der sogenannten Erfahrungsstufe. Ein Anerkennungspraktikum zählt als berufliche Praxis, weshalb das einjährige Praktikum bereits als Dienstzeit zählt. Eine PIA-Ausbildung ähnelt mehr einem dualen Ausbildungsgang. Der Gemeindegam Baden-Württemberg hält es deshalb für angebracht, hier keine berufliche Praxis anzurechnen. Das führt dazu, dass in einem Kindergarten neu ausgebildete Erzieherinnen mit der gleichen beruflichen Qualifikation unterschiedlich bezahlt werden.

Aus Sicht der Gemeindeverwaltung sollte das harmonisiert und die Bezahlung neuer Erzieherinnen einheitlich gehandhabt werden. Da dies ein Abweichen von bestehenden tarifvertraglichen Regelungen wäre muss dazu ein Gemeinderatsbeschluss getroffen werden.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat diesem Vorschlag zu.

Benennung eines Straßennamen im Gewerbegebiet Sol

Bürgermeister Wolfgang Lahl sprach die Erweiterung der Firma Mewa durch eine Wäscherei im gemeinsamen Gewerbegebiet Sol an. Es ist gebräuchlich und wurde im Gewerbegebiet Sol auch schon oft praktiziert, dass Straßen nach den Gründern von Firmen benannt werden, die an diesen Straßen liegen. So liegt der bestehende Bau der Firma Mewa an der Hermann-Gebauer-Straße. Der Erweiterungsbau grenzt momentan an die Siemensstraße. Da für die Erschließung des Erweiterungsbaus ein weiterer Weg notwendig ist wäre ein gangbarer Weg aus Sicht der Gemeindeverwaltung, diesen Weg als Hermann-Gebauer-Weg zu bezeichnen. Damit würde vermieden, anderen Unternehmen, die an der Siemensstraße liegen, eine Adressänderung zuzumuten. Die konkreten Auswirkungen einer Verwechslung zwischen Hermann-Gebauer-Straße und Hermann-Gebauer-Weg lassen sich vernachlässigen, da der Verkehr zwischen den beiden Bereichen hauptsächlich firmenintern wäre.

Gemeinderat Breitling konnte sich wegen der vorhandenen Bäume in diesem Bereich auch die Bezeichnung Hermann-Gebauer-Allee vorstellen. Diesem Vorschlag wollte die Gemeindeverwaltung nicht folgen, weil momentan nur auf einer Seite des Wegs Bäume vorhanden sind.

Gemeinderätin Weiß und Gemeinderat Müller sprachen sich gegen die geplante Benennung als Hermann-Gebauer-Weg aus. Beide befürchteten schwierigere Zuordnungen für Postboten und Lieferanten, was Verwechslungen zur Folge hätte.

Diesen Argumenten hielt der Bürgermeister entgegen, dass der hauptsächliche Verkehr dort zwischen den beiden Mewa-Gebäuden selber stattfinden werde. Anlieferungen kämen ganz überwiegend zu dem bekannten Gebäude an der Hermann-Gebauer-Straße.

Mit großer Mehrheit und zwei Gegenstimmen beschloss der Gemeinderat, die Zuwegung zum neuen Grundstück der Firma Mewa als Hermann-Gebauer-Weg zu benennen.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl fragte nach dem Stand der Schlussabrechnungen bei der Hauptstraßensanierung und bei der Baumaßnahme In der Röte. Zur Hauptstraße teilte der Ortsbaumeister, Herr Ehmann mit, dass die Schlussrechnung des Bauunternehmers erst jetzt einging und momentan im IB Mayer geprüft wird. Die Verwaltung hofft, die Abrechnung im Dezember vorlegen zu können. Die Vorlage der Schlussabrechnung In der Röte ist ebenfalls im Dezember 2017 geplant.

Gemeinderat Frey sprach an, dass sich in letzter Zeit abends und nachts vermehrt Jugendliche zwischen der Seniorenwohnanlage und dem Pflegeheim Haus Martinus aufhalten, was zu Beeinträchtigungen der Nachbarschaft führt. Der Bürgermeister bat um konkrete Hinweise zu Tagen und Uhrzeit, damit das Jugendreferat reagieren kann.

Gemeinderätin Grube-Meißner bemängelte, dass am Friedhofstäftele eine Laterne zur Beleuchtung des Weges fehlt. Der Bürgermeister begründet das damit, dass die Beleuchtung ausreichend erscheint und dass bisher mit den Anliegern keine Einigung über den Standort des Laternenmasts erzielt werden konnte. Gemeinderat Finger verwies darauf, dass die Gemeinde das Setzen von Straßenbeleuchtungsmasten erzwingen kann.

Die Gemeinderäte Frey und Kolb kritisierten, dass am Parkplatz des Friedhofs Hägnach vermehrt Wohnmobile und Wohnwagen über einen längeren Zeitraum abgestellt werden. Bürgermeister Wolfgang Lahl informierte, dass Wohnmobile dort parken dürfen, wenn sie zugelassen sind. Bei Wohnwägen muss beim Abstellen die Frist nach der StVO beachtet werden.

Die Verwaltung wurde beauftragt, zu überprüfen, wie das mehrtägige Parken und Abstellen von Wohnmobilen und Wohnwägen ohne bauliche Veränderungen am Parkplatz verhindert werden kann.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.